

DAX fällt deutlich – Wirecard und Deutsche Bank unter Druck – Keine schnelle Einigung im Handelsstreit

Autor: GodmodeTrader-Team, Redaktion | 07.02.2019 22:24 | Copyright BörseGo AG 2000-2019

Immer bestens informiert: Mit dem News-Flash auf Godmode-Trader.de haben Sie die wichtigsten Ereignisse des Tages auf einen Blick!

- **Twitter** mit Umsatzsprung
- **T-Mobile US** backt kleinere Brötchen
- **Financial Times** tritt erneut gegen **Wirecard** nach
- **Bank of England** hadert mit dem Brexit
- **EU-Kommission** erwartet schwächeres Wachstum
- Enttäuschende Produktionsdaten der **deutschen Industrie**
- **Mays** Gang nach Canossa resp. Brüssel
- Druck auf **Deutsche Bank** im US-Kongress nimmt zu
- **Qantas** zieht Bestellungen von **Airbus A380** zurück
- **VW** wachsen die Kosten für den Dieselskandal über den Kopf
- **Osram** rutscht in die roten Zahlen
- **Gea** senkt seine mittelfristigen Ziele
- **Bank of England** hadert mit dem Brexit
- **TUI** geht mit einer gehörigen Portion Skepsis ins GJ 2019
- Kartellamt nimmt **Facebook** an die Kandare

DAX

- Der deutsche Aktienmarkt hat am Donnerstag kräftige Kursverluste verzeichnet. Der **DAX** beendete den Handel mit einem Minus von 2,67 Prozent bei 11.022,02 Punkten. Die Marktteilnehmer hatten zunächst eine Fülle von Unternehmensbilanzen zu verarbeiten – mit Licht und noch mehr Schatten. Als Belastungsfaktor entpuppten sich darüber hinaus Konjunkturdaten: So hat die EU-Kommission in ihrer Winterprognose die Wachstumserwartungen deutlich gesenkt. Auch die schwachen Produktionsdaten aus der deutschen Industrie bestätigen das Bild einer sich eintrübenden Konjunktur. Am Nachmittag wurde der Gesamtmarkt auch von Berichten belastet, wonach im Handelsstreit zwischen den USA und China nicht mit einer schnellen Einigung zu rechnen ist. Schlusslicht im DAX waren die **Wirecard**-Aktien, die nach einem weiteren kritischen Artikel der "Financial Times" über angebliche betrügerische Praktiken erneut prozentual zweistellig fielen. Stark abwärts ging es auch mit den Aktien der **Deutschen Bank**. Zwei US-Senatoren fordern Ermittlungen gegen die Bank wegen ihrer Geschäftspraktiken und ihrer Beziehungen zu Donald Trump. Erneut sehr schwach präsentierte sich nach der gestrigen Veröffentlichung der Geschäftszahlen zu 2018 und einer heutigen Analystenkonferenz auch **Daimler**.
- Die Wall Street hat heute den zweiten Tag in Folge konsolidiert. Belastend wirkte unter anderem die Nachrichten, dass sich US-Präsident Trump wohl nicht mehr vor dem ersten März mit seinem chinesischen Amtskollegen Xi treffen wird, und dass US-Wirtschaftsberater Larry Kudlow noch großen Einigungsbedarf zwischen den beiden Ländern festgestellt hat. **Dow Jones** gab um 0,87 Prozent auf 25.169,53 Punkte nach. Der **S&P 500** schloss 0,94 Prozent tiefer bei 27.06,05 Punkten, und der **Nasdaq 100** fiel um 1,32 Prozent auf 6.904,98 Zähler.

Chartanalysen des Tages

- [EUR/USD-Tagesausblick: Rezession in Deutschland?](#)
- [DAX Tagesausblick: Früher Handel klar unter 11300!](#)
- [BRENT ÖL-Tagesausblick – Kaufsignal wird möglich](#)
- [PLATIN-Tagesausblick – Bären bleiben im Vorteil](#)

Unternehmensnachrichten

- Die Aktie von **Wirecard** kommt am Donnerstagnachmittag nach einem abermaligen Bericht der Financial Times inklusive neuer Vorwürfe ordentlich ins Schlingern. So wurde über Unregelmäßigkeiten in Singapur berichtet. Der Kurs des Zahlungsdienstleisters sackte wieder zweistellig ab. Das Unternehmen reagiert umgehend, und verlautete, dass nichts in dem Artikel der Wahrheit entspreche. Einen ausführlichen Bericht zu dem neuen FT-Artikel lesen Sie hier: [Wirecard stürzt erneut ab – FT-Artikel zu Scheinumsätzen](#)
- Der schwedische Autobauer **Volvo Cars** warnt vor schwacher Profitabilität. „Wir müssen realistisch sein und anerkennen, dass die Margen weiter unter Druck bleiben werden“, sagte Vorstandschef Hakan Samuelsson am Donnerstag. Dabei hatte der Pkw-Hersteller Umsatz und operatives Ergebnis im vierten Quartal deutlich gesteigert.
- Der britische Touristikkonzern **Thomas Cook** will seine Airline-Sparte mit der deutschen Condor loswerden. „Gestern wurden mehrere Investmentbanken beauftragt, diesen Prozess aktiv zu begleiten“, sagte Airline-Chef Christoph Debus am Donnerstag der Deutschen Presse-Agentur in Frankfurt. Zuvor hatte bereits Konzernchef Peter Fankhauser erklärt, dass Thomas Cook den Verkaufserlös in die eigenen Hotels und die Digitalisierung des Vertriebs investieren will.
- **T-Mobile US** backt für das laufende Jahr kleinere Brötchen. Das um Sondereffekte bereinigte Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen will die Telekom-Tochter auf 12,7 bis 13,2 Mrd. Dollar steigern. Analysten hatten mit 13,1 Mrd. Dollar gerechnet. Die Zahl der neuen Vertragskunden soll um 2,6 bis 3 Mio. zulegen. Im vergangenen Jahr waren es 4,5 Millionen gewesen. Im vierten Quartal legte das operative Ergebnis um 10 Prozent auf knapp 3,0 Mrd. Dollar und der Umsatz um 6 Prozent auf 11,4 Mrd. Dollar zu.
- **Twitter** hat im vergangenen Quartal trotz weniger Nutzer seinen Umsatz um 24 Prozent auf 909 Mio. Dollar gesteigert, wie der US-Kurznachrichtendienst mitteilte. Die Zahl der monatlichen Nutzer sank von 330 Mio. vor Jahresfrist auf 321 Mio. Das Geschäft wurde vor allem von der gestiegenen Nachfrage nach Video-Werbezeit angetrieben. Twitter rechnet für das laufende Quartal mit einem Umsatz zwischen 715 und 775 Mio. Dollar.
- **Fiat Chrysler** hat im vierten Quartal bei weniger ausgelieferten Fahrzeugen seine Umsätze um 6 Prozent auf 30,6 Mrd. Euro gesteigert. Das um Sondereffekte bereinigte Ergebnis stieg um 7 Prozent auf 2,02 Mrd. Euro, der Nettogewinn um 61 Prozent auf 1,29 Mrd.
- Die US-Banken **SunTrust** und **BB&T** wollen fusionieren. Die Boards beider Geldhäuser stimmten dem Deal bereits zu. Das Gesamtvolumen liegt bei 66 Mrd. Dollar. Dadurch entstehe gemessen an Vermögenswerten und Einlagen die sechstgrößte Bank in den USA.
- Der Keramikhersteller **Villeroy & Boch** wuchs 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 2,0 Prozent auf 853,1 Mio. Euro, wie der Konzern am Donnerstag in Frankfurt mitteilte. Der Gewinn legte um 13,8 Prozent auf 33,9 Mio. Euro zu.
- Der Cerealien-Hersteller **Kellog's** ist im vierten Quartal in die Verlustzone gerutscht. Unterm Strich stand ein Minus von 84 Mio. Dollar, nach einem Gewinn von 417 Mio. Dollar vor Jahresfrist.
- Am Mittwoch hat die **Apple**-Aktie mit einem Mini-Plus von 0,03 Prozent bei 174,24 Dollar geschlossen. Doch dies reichte, um die Konkurrenten in Sachen Marktkapitalisierung **Microsoft** und **Amazon** wieder hinter sich zu lassen. Mit einem Börsenwert von 821,59 Mrd. Dollar hält Apple wieder das Zepter in der Hand. Microsoft kommt auf 813,48 Mrd. und Amazon auf 805,70 Mrd.
- **GoPro** ist im vergangenen Quartal dank neuer Modelle in die Gewinnzone zurückgekehrt. Der Actionkamera-Spezialist erzielte ein Plus von 31,7 Mio. Dollar, nachdem es im Vorjahresquartal noch Verluste von 56 Mio. Dollar gegeben hatte. Der Umsatz wuchs um rund 13 Prozent auf 377,4 Mio. Dollar.
- Die Restaurantkette **Chipotle Mexican Grill** hat angetrieben von Internet-Bestellungen ein starkes vierten Quartal verzeichnet und die Erlöse kräftig gesteigert.
- Der Soundbar-Produzent **Sonos** hat ein solides Weihnachtsgeschäft hinter sich. Den Abschied des Finanzchefs und gestiegene Lagerbestände werten Anleger allerdings als Indiz für eine mögliche Nachfrage-Schwäche.
- Die Autoallianz **Renault, Nissan und Mitsubishi** will mit **Google** im Bereich des autonomen Fahrens zusammenarbeiten. Das berichtet die japanische Wirtschaftszeitung „Nikkei“. In Zusammenarbeit mit Waymo, der Google-Gesellschaft für selbstfahrende Autos, will die Allianz demnach Taxi-Dienste und andere Angebote erarbeiten.
- Die französische Bank **Societe Generale** will die Kosten um weitere 500 Millionen Euro drücken, teilte die

Bank am Donnerstag in Paris mit. Eingespart werden soll vor allem in der Handelssparte, die zuletzt stark enttäuschte. Konzernchef Frederic Oudea hat angesichts des für Banken weiter schwierigen Umfelds vom Renditeziel für 2020 bereits Abstand genommen.

- Der **Deutschen Bank** droht weiterer Ärger in den USA. Es beschäftigen sich bereits zwei Ausschüsse im Repräsentantenhaus mit dem Geldhaus, seinen Praktiken und seiner Beziehung zu US-Präsident Donald Trump. Jetzt haben zwei Senatoren der Demokraten einen Antrag auf eine entsprechende Untersuchung des Bankenausschusses in der zweiten Kammer des US-Parlaments erneuert. In einem der Nachrichtenagentur Reuters vorliegenden Schreiben an den Ausschussvorsitzenden Mike Crapo forderten die Senatoren Chris Van Hollen und Elizabeth Warren Ermittlungen gegen die Bank und eine öffentliche Anhörung wegen ihrer möglichen Verstrickung in Geldwäscheaktivitäten.
- Nach dem Insolvenzantrag verhandelt **Gerry Weber** derzeit mit einem nicht näher benannten Investor über einen möglichen Kauf der Tochter Hallhuber. Mit einer so genannten Brückenfinanzierung solle der Geschäftsbetrieb von Hallhuber zunächst bis auf Weiteres sichergestellt werden, teilte das Modeunternehmen mit.
- Die **ING Direktbank** hat ihren Vorsteuergewinn in 2018 weiter gesteigert. Auf vergleichbarer Basis stieg das Ergebnis von 1,269 Mrd. in 2018 auf 1,280 Mrd. Euro, wie die ING Deutschland am Donnerstag in Frankfurt mitteilte. Die Zahl der Privatkunden nahm netto um 250.000 auf nun 9,3 Mio. zu.
- Das Bundeskartellamt hat **Facebook** die Datensammlung außerhalb der eigenen Seiten – zum Beispiel durch Einsatz des „Like-Buttons“ – untersagt. Außerdem ist es dem Online-Netzwerk die Nutzung von Daten von den Töchtern WhatsApp und Instagram nicht gestattet bzw. diese Daten mit den innerhalb von Facebook gesammelten Daten zusammenzuführen. Ein solches Verhalten entspreche einem Missbrauch der in Deutschland marktbeherrschenden Stellung, so das Kartellamt.
- Der Lichtkonzern **Osram** ist im ersten Quartal in die Miesen gerutscht. Der Nettoverlust belief sich auf 81 Mio. Euro nach einem Gewinn von 60 Mio. Euro im Vorjahr. Abschreibungen auf das zum Verkauf stehende Leuchtengeschäft sorgten für hohe Belastungen. Auch im fortgeführten Geschäft stand bei Osram ein Fehlbetrag von 5 Mio. Euro nach Steuern unterm Strich. „Von unseren Märkten kam im vergangenen Quartal verstärkter Gegenwind. Insbesondere die Autokonjunktur hat sich deutlich eingetrübt. Aber auch im Bereich mobiler Endgeräte sowie in der Allgemeinbeleuchtung ist die Nachfrage zurückgegangen“, sagte Vorstandschef Olaf Berlien. „Wir haben eine Vielzahl an Maßnahmen ergriffen, um Umsätze und Rendite zu verbessern.“
- **Volkswagen** wachsen die Kosten für den Dieselskandal über den Kopf. Bisher hätten sich die Ausgaben für die Affäre auf 28 Milliarden Euro summiert, wie die VW-Vorständin Hiltrud Werner dem „Handelsblatt“ sagte. Allein die Anwaltskosten hätten inzwischen „einen hohen dreistelligen Millionenbetrag“ betragen. VW hatte im September 2015 eingeräumt, weltweit in rund elf Millionen Dieselfahrzeugen eine Schummelsoftware eingesetzt zu haben, die den Schadstoffausstoß bei Emissionstests niedriger erscheinen ließ. 2019 werde „das schwierigste Jahr überhaupt“ für ihren Konzern, sagte Werner der Zeitung. Mehr als 400.000 VW-Kunden haben sich mittlerweile einer Musterfeststellungsklage gegen das Unternehmen angeschlossen. Vorwürfe lässt die Managerin im Interview an sich abprallen. „Nach unserer Auffassung haben die Kunden weder Verluste noch Schäden erlitten.“
- Der Maschinenbauer **Heidelberger Druckmaschinen** hat im dritten Geschäftsquartal einen Umsatzrückgang erlitten. Allerdings lag dies hauptsächlich an Auslieferungen an Kunden, die sich nun in das letzte Quartal des Geschäftsjahres verschoben. Der Umsatz sank im dritten Jahresviertel um vier Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf 579 Mio. Euro. Der um Umbaukosten bereinigte Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (Ebitda) fiel mit 39 Mio. Euro um 13 Prozent tiefer aus als im Vorjahr.
- Der Reisekonzern **TUI** hat seine Gewinnziele kassiert. Das Ergebnis werde wohl nur das Vorjahresniveau erreichen, teilte das Unternehmen am Mittwochabend mit. 2018 hatte das rebasierte bereinigte Ebita auf Basis konstanter Wechselkurse bei 1,2 Mrd. Euro gelegen. Das Ziel eines durchschnittlichen jährlichen Zuwachses dieser Größe von zehn Prozent für die drei Jahre bis zum Geschäftsjahr 2020 könne nicht mehr aufrecht erhalten werden, so TUI.
- Der Maschinenbauer **Gea** hat seine mittelfristigen Ziele wegen der Konjunkturschwäche gesenkt. Erhöhter Preisdruck und steigende Personal- und IT-Infrastrukturkosten würden sich im laufenden Jahr belastend auswirken, so das Unternehmen. 2018 ist der Umsatz um fast acht Prozent auf 4,830 Mio. Euro gestiegen. 2019 sollen die Erlöse moderat unter dem Vorjahresniveau liegen.
- Der **Hamburger Hafen** hat Umsatz und Gewinn im vergangenen Jahr gesteigert. So legte der Umsatz 2018 um 3 Prozent auf 1,3 Mrd. Euro zu und das Betriebsergebnis erhöhte sich um 18 Prozent auf 204

Mio. Euro, „Die von uns vor einem Jahr prognostizierten anspruchsvollen Ziele wurden erreicht und teilweise sogar übertroffen, kommentierte Konzernchefin Angela Titzrath die Ergebnisse.

- Für **Airbus** wird der Großraumflieger A380 immer mehr zum Problemfall. Nachdem Großkunde Emirates angeblich darüber nachdenkt, eine größere Bestellung in A350 umzuwandeln, hat nun auch die australische Qantas angekündigt, eine schon vor Jahren erteilte Order über acht A380 zurückzuziehen. In diesem Jahr werde man sechs „Dreamliner“ vom Konkurrenten Boeing in Betrieb nehmen, so Qantas.
- Der Versicherungskonzern **Talanx** macht seinen Aktionären nach einem Gewinnanstieg im vergangenen Jahr Hoffnung auf eine etwas höherer Gewinnausschüttung. „Eine Dividendenzahlung für 2018 mindestens auf Vorjahreshöhe ist aus heutiger Sicht gewährleistet“, teilte die Hannover Rück-Mutter am Donnerstag mit.
- Die **Grenke Gruppe** konnte die Profitabilität ihres Geschäfts im zurückliegenden Geschäftsjahr 2018 weiter steigern. So legte der Konzern-Gewinn gegenüber dem Vorjahreswert um 24 Prozent zu und betrug zum Jahresende 131,1 Mio. Euro. Der Gewinn lag somit am oberen Ende der Unternehmens-Prognose von 126 bis 132 Mio. Euro. Das Ergebnis je Aktie erhöhte sich auf 2,78 Euro, nach 2,31 Euro im Vorjahr. Die Dividende soll auf 0,80 Euro je Aktie (VJ: 0,70) angehoben werden. Für das laufende Geschäftsjahr wird ein Gewinnanstieg auf 147 bis 156 Mio. Euro erwartet.
- Die italienische Großbank **Unicredit** meldete für das vierte Quartal einen deutlich höheren Gewinn als erwartet. Der um Sondereffekte bereinigte Gewinn sei trotz rückläufiger Erträge um rund 8 Prozent auf 3,85 Mrd. Euro gestiegen, teilte die HVB-Mutter mit.
- Das Biotechunternehmen **Evotec** und die **Galapagos NV** gaben eine globale Kooperation bekannt, die sich auf die Erforschung neuer Zielstrukturen zur Behandlung von Fibrose und anderer Indikationen fokussiert. Im Gegenzug für die globalen Vermarktungsrechte, die Galapagos besitzt, erhält Evotec eine Vorabzahlung und hat Anspruch auf potenzielle Meilensteinzahlungen und Umsatzbeteiligungen.
- Der Schweizer Versicherer **Zurich** hat im vergangenen Jahr trotz teurer Naturkatastrophen mehr verdient als erwartet und erhöht die Dividende. Der Gewinn stieg um 24 Prozent auf 3,7 Mrd. Dollar, wie der Konzern mitteilte. Profitiert hat er unter anderem davon, dass keine gesetzlich vorgeschriebene Reserveaufstockung in Großbritannien das Ergebnis schmälerte. Andererseits drückten höher als übliche Zahlungen für Naturkatastrophen das Ergebnis.

Konjunktur & Politik

- Die **Zahl der Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe in den USA** ist in der vergangenen Woche um 19.000 auf 234.000 gefallen, teilte das US-Arbeitsministerium mit. Volkswirte hatten mit einem stärkeren Rückgang auf 220.000 Erstanträge gerechnet.
- Die US-Wirtschaft ist nach Einschätzung von **US-Notenbankchef Jerome Powell** nach wie vor in einer soliden Verfassung. Powell verwies auf einer Veranstaltung in Washington darauf, dass die Arbeitslosigkeit gering sei. Außerdem befinde sich die Inflation in der Nähe des Notenbankziels von zwei Prozent.
- Die **Bank of England** befürchtet, dass der Brexit die britische Wirtschaft schwer belasten wird. Die Notenbank senkte daher ihre Wachstumsprognose deutlich und erwartet nun für dieses Jahr nur noch einen BIP-Anstieg von 1,2 Prozent. Vor drei Monaten war die BoE noch von 1,7 Prozent ausgegangen. Den Leitzins hat die Notenbank bei 0,75 Prozent belassen. Die Entscheidung fiel einstimmig und war vom Markt so erwartet worden. Die Unsicherheit habe zugenommen, hieß es in der Mitteilung der Notenbank. Großbritannien soll am 29. März aus der EU austreten. Ob es ein geordneter Austritt wird, ist noch unklar.
- Die **EU-Kommission** rechnet mit einem deutlich schwächeren Wirtschaftswachstum in der Eurozone als noch im Herbst. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) werde 2019 um 1,3 Prozent zulegen, erklärte die Brüsseler Behörde. Bei ihrer letzten Projektion war die Kommission noch von einem BIP-Anstieg von 1,9 Prozent ausgegangen. Grund seien vor allem getrübtete Ausblicke in Deutschland, Italien und auch Frankreich. Die Prognose sei zudem wegen einem drohenden chaotischen Brexit mit erheblichen Unsicherheiten behaftet.
- Die **spanische Industrie** hat ihre Produktion erneut stark gedrosselt. Wie das Statistikamt INE mitteilte, lag die Gesamtherstellung 1,4 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Analysten hatten dagegen einen Anstieg um 0,4 Prozent erwartet.
- Die **britische Premierministerin Theresa May** ist an diesem Donnerstag in Brüssel, wo sie beim EU-

Kommissionschef Jean-Claude Juncker Nachverhandlungen für den Backstop einfordern wird. Das britische Parlament hatte Mitte Januar das mit der EU vereinbarte Austrittsabkommen abgelehnt. Streitpunkt ist vor allem die Grenzfrage zwischen dem EU-Staat Irland und dem britischen Nordirland. Die EU lehnt Nachverhandlungen bislang kategorisch ab. Im Vorfeld der Gespräche hat Ratspräsident Donald Tusk mit Äußerungen über die Brexit-Verfechter in Großbritannien Verärgerung ausgelöst. „Ich denke manchmal darüber nach, wie der besondere Platz in der Hölle für jene aussieht, die den Brexit vorangetrieben haben, ohne auch nur die Skizze eines Plans zu haben, ihn sicher über die Bühne zu bringen“, sagte der EU-Ratschef am Mittwoch. Der **britische Oppositionsführer Jeremy Corbyn** hat Bedingungen für die Zustimmung seiner Partei zu einem Brexit-Abkommen formuliert. In einem Brief an Premierministerin May schreibt der Vorsitzende der Labour-Partei, das Land müsse auch nach einem Austritt aus der EU weiter eng an den Binnenmarkt gebunden bleiben. Zudem solle Großbritannien sich auch in Zukunft an Sozial- und Verbraucherschutzstandards der EU orientieren, um nicht dahinter zurückzufallen. Dies müsse gesetzlich festgeschrieben werden, bevor der Austritt aus der EU wirksam werde, forderte Corbyn.

- **Schottlands Regierungschefin Nicola Sturgeon** und ihr **Amtskollege Mark Drakeford aus Wales** haben die britische Regierung ermahnt, nicht länger mit einem No-Deal-Brexit zu arbeiten. Premierministerin Theresa May müsse diese Option ein für alle Mal verwerfen und auch darauf hinarbeiten, den 29. März als Datum für den geplanten EU-Austritt Großbritanniens fallenzulassen, schrieben die beiden in einer gemeinsamen Erklärung. May müsse eine Verlängerung der Austrittsfrist bei der EU beantragen, um das Risiko zu vermeiden, dass Großbritannien ohne Abkommen aus der Europäischen Union ausscheidet.
- **Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg** will den INF-Abrüstungsvertrag noch retten, Nach seinen Worten prüft die Nato jetzt eigene Initiativen, um den Vertrag aufrechtzuerhalten und die Rüstungskontrolle zu stärken. Stoltenberg sagte der Funke-Mediengruppe, Russland habe beklagt, dass Länder wie China, Indien, Pakistan oder Iran Mittelstreckenraketen entwickelt hätten, die ihm selbst verboten seien. Das sei zwar keine Entschuldigung für Vertragsverletzungen, sollte aber Anlass sein, den Vertrag zu stärken. Bis der Vertrag nach der Kündigung endgültig ausläuft, bleiben noch sechs Monate Zeit für eine Beilegung des Streits.
- Die Auftragseingänge der deutschen Industrie hatten gestern klar enttäuscht und Sorgen vor einer anhaltenden Konjunkturschwäche geschürt. Nun verstärken die schwachen Produktionsdaten der Industrie für Dezember den Eindruck einer Eintrübung. Die Erzeugung war nach vorläufigen Angaben des **Statistischen Bundesamtes** im letzten Monat des Jahres 2018 preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,4 Prozent niedriger als im Vormonat. Experten hatten in dieser Betrachtung einen Anstieg von 0,8 Prozent erwartet. Für den November ergab sich nach Revision der vorläufigen Ergebnisse ein Rückgang von 1,3 Prozent gegenüber Oktober (vorläufiger Wert: -1,9 %).
- Der **Reallohnindex in Deutschland** ist im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 1,0 Prozent gestiegen, wie das Statistische Bundesamt nach vorläufigen Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung mitteilte. Die Nominallöhne lagen im Jahr 2018 um rund 3,0 Prozent über dem Vorjahreswert. Die Verbraucherpreise erhöhten sich im selben Zeitraum um 1,9 Prozent.
- Der Finanzplatz **Luxemburg** profitiert vom Brexit. 48 Finanzdienstleister hätten die Absicht bekundet, ihren Standort von London nach Luxemburg zu verlegen, teilte die Finanzagentur des Großherzogtums mit.

Termine des Tages:

11:00 Uhr – EU-Kommission: Konjunkturprognose

13:00 Uhr – GB: BoE-Zinsentscheid

Weitere Informationen zu den im Newsflash genannten Themen und noch mehr aktuelle Nachrichten finden Sie in Echtzeit auf [Guidants News](#). In Spitzenzeiten veröffentlicht Guidants News mehr als 100 Nachrichten pro Stunde. Damit Sie trotzdem den Überblick behalten, stehen Ihnen zahlreiche Filtermöglichkeiten zur Verfügung.

Risikohinweis & Haftungsausschluss gemäß § 16 und § 18 AGB BörseGo AG

§ 16 Haftung

16.1 Soweit Nutzer Inhalte in Diskussionsforen, sogenannten Streams, Chats oder Blogs einstellen und dort Ratschläge oder Anlagetipps erteilen, handelt es sich ausschließlich um von den betreffenden Nutzern verantwortete Inhalte. BörseGo stellt insofern lediglich das Medium technisch zur Verfügung und ist nicht für die Genauigkeit, Richtigkeit oder Verlässlichkeit dieser Inhalte verantwortlich. Insbesondere ist BörseGo nicht für Verluste oder Schäden haftbar, die dem Nutzer dadurch entstehen, dass dieser auf eine solche Information vertraut.

16.2 Resultieren Schäden des Nutzers aus dem Verlust von Daten, so haftet BörseGo hierfür unabhängig vom einer etwaigen Beteiligung nicht, soweit die Schäden durch eine zweckgemäße, regelmäßige und vollständige Sicherung aller relevanten Daten durch den Nutzer vermieden worden wären.

16.3 Im Übrigen haften BörseGo, ihre gesetzlichen Vertreter und Erfüllungsgehilfen nur bei Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder bei Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten), das heißt solcher Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Nutzer regelmäßig vertrauen darf, und deren Verletzung auf der anderen Seite die Erreichung des Vertragszwecks gefährdet. BörseGo haftet weiterhin für Schäden, die aus dem Fehlen zugesicherter Eigenschaften beruhen, sowie für sonstige Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung von BörseGo, seiner gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beruhen.

16.4 Bei der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (vgl. Ziff. 16.3) haftet BörseGo nur auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden, wenn dieser einfach fahrlässig verursacht wurde, es sei denn, es handelt sich um Schadensersatzansprüche des Kunden aus einer Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

16.5 Weitergehende Ansprüche des Nutzers auf Schadensersatz sind ausgeschlossen. Die Vorschriften des Produkthaftungsgesetzes bleiben unberührt.

§ 18 Risikohinweis

Die Informationen und Services auf den Webseiten von BörseGo wenden sich an registrierte sowie nichtregistrierte Nutzer. Die Angebote, die der Nutzer auf den Webseiten von BörseGo findet, richten sich jedoch ausdrücklich nicht an Personen in Ländern, die das Vorhalten bzw. den Aufruf der darin eingestellten Inhalte untersagen, insbesondere nicht an US-Personen im Sinne der Regulation S des US Securities Act von 1933 sowie Internet-Nutzer in Großbritannien, Nordirland, Kanada und Japan. Jeder Nutzer ist selbst verantwortlich, sich über etwaige Beschränkungen vor Aufruf der Internetseiten zu informieren und diese einzuhalten.

Insbesondere weist BörseGo hierbei auf die bei Geschäften mit Optionsscheinen, Derivaten und derivativen Finanzinstrumenten besonders hohen Risiken hin. Der Handel mit Optionsscheinen bzw. Derivaten ist ein Finanztermingeschäft. Den erheblichen Chancen stehen entsprechende Risiken gegenüber, die nicht nur einen Totalverlust des eingesetzten Kapitals, sondern darüber hinausgehende Verluste nach sich ziehen können. Aus diesem Grund setzt diese Art von Geschäften vertiefte Kenntnisse im Bezug auf diese Finanzprodukte, die Wertpapiermärkte, Wertpapierhandelstechniken und -strategien voraus.

Soweit BörseGo Börsen- oder Wirtschaftsinformationen, Kurse, Indizes, Preise, Nachrichten, Marktdaten sowie sonstige allgemeine Marktinformationen auf ihren Webseiten bereitstellt, dienen diese nur zur Information und zur Unterstützung Ihrer selbstständigen Anlageentscheidung. Auch wenn BörseGo alle eingebundenen Informationen sorgsam überprüft, erhebt BörseGo keinen Anspruch auf inhaltliche Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität. Es obliegt dem Nutzer selbst, die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität dieser Daten zu überprüfen. Dies betrifft insbesondere, aber nicht ausschließlich, Kursdaten von Drittquellen. Die genannten Informationen stellen keine Aufforderung zum Kaufen, Halten oder Verkaufen von Wertpapieren und derivativen Finanzprodukten dar und begründen kein individuelles Beratungs- oder Auskunftsverhältnis. Sie sind keine Rechts-, Steuer- oder sonstige Beratung und können eine solche auch nicht ersetzen.

Bevor der Nutzer Investmententscheidungen trifft, sollte er sich sorgfältig über die Chancen und Risiken des Investments informiert haben. Aus einer positiven Wertentwicklung eines Finanzprodukts in der Vergangenheit kann keinesfalls auf zukünftige Erträge geschlossen werden. BörseGo übernimmt keine Haftung für die erteilten Informationen, die aus von BörseGo als vertrauenswürdig erachtet wurden, für bereitgestellte Handelsanregungen sowie für deren Vollständigkeit.

Leser sowie Teilnehmer an multimedialen Veranstaltungen wie Webinare, Online-Seminare, Seminare oder Vortragsveranstaltungen, die aufgrund der veröffentlichten Inhalte Anlageentscheidungen treffen bzw. Transaktionen durchführen, handeln in vollem Umfang auf eigene Gefahr und auf eigenes Risiko.

BörseGo übernimmt keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich. Eine Haftung von BörseGo für die Inhalte derartiger Internetseiten ist ausgeschlossen, soweit dies gesetzlich zulässig ist.

Stand: Oktober 2016

Das Dokument mit Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere des Nachdrucks, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen sowie das Darstellen auf einer Website liegen, auch nur bei auszugsweiser Verwertung, bei der BörseGo AG. Alle Rechte vorbehalten.

www.boerse-go.ag © BörseGo AG

Aktiengesellschaft mit Sitz in München – Registergericht: Amtsgericht München – Register-Nr: HRB 169607 – Vorstand: Robert Abend, Christian Ehmgig, Johannes Pfeuffer, Thomas Waibel – Aufsichtsratsvorsitzender: Theodor Petersen – Umsatzsteueridentifikationsnummer gemäß § 27a UStG: DE207240211

München, 2019